

Stand: 20.04.2026 06:37:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21127

"Französische EU-Ratspräsidentschaft nutzen: Europa muss sozialer werden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21127 vom 15.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21818 des BU vom 22.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22022 vom 30.03.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 30.03.2022



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Französische EU-Ratspräsidentschaft nutzen: Europa muss sozialer werden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Ankündigung von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vor dem Europäischen Parlament, die französische EU-Ratspräsidentschaft für einen echten sozialen Fortschritt in Europa zu nutzen und Verbesserungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse aller Bürgerinnen und Bürger in Europa herbeizuführen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich während der französischen Ratspräsidentschaft bei der EU-Kommission in besonderer Weise für notwendige soziale Reformen zur Schaffung starker Sozialsysteme und für einen faireren europäischen Arbeitsmarkt einzusetzen.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Systeme und Wohlfahrtsstaatstraditionen im Rahmen von EU-Sekundärrecht sollen bei der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte folgende Schwerpunkte im Fokus stehen:

- ein europäischer Rechtsrahmen für Mindestlöhne
- die Anpassung des Arbeits- und Sozialrechts an den digitalen Wandel, insbesondere rechtliche Absicherung von hybriden Erwerbsformen bei digitalen Plattformen
- ein Zugangsrecht der Gewerkschaften zu „digitalen“ Betrieben/Plattformen
- eine Koordinierung der Systeme zur sozialen Sicherung für grenzüberschreitend arbeitende Menschen
- die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung als Stabilisierungsfaktor sowie gemeinsame europäische Mindeststandards

Darüber hinaus soll die Staatsregierung dem Landtag über bayerische Initiativen im Sinne der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte berichten und darlegen, welche europäischen Initiativen sie aktiv mitgestaltet.

Begründung:

Bei der Vorstellung der Pläne für die französische EU-Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament hat Präsident Emmanuel Macron zurecht betont, dass der Wohlfahrtsstaat ein wesentlicher Bestandteil europäischer Demokratie ist: „L'Europe sera sociale ou ne sera pas.“ Bereits in der Vergangenheit hat Frankreich während seines Vorsitzes im Rat große soziale Projekte vorangetrieben.

Die Globalisierung auf dem europäischen Arbeitsmarkt und die Folgen der Pandemie haben Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit weiter verschärft. Aktuell sind nach Angaben des Europäischen Statistikamtes Eurostat rund 91 Mio. Menschen in den 27 EU-Ländern (EU27) von Armut oder sozialem Ausschluss bedroht. Doch schon vor der COVID-19-Pandemie stand das europäische Sozialmodell unter Druck. Es ist daher höchste Zeit, einen echten Kurswechsel in Europa vorzunehmen und die Europäische Säule sozialer Rechte umzusetzen.

Fast jeder zehnte Arbeitnehmer in der EU27 ist von Armut bedroht. Und ihr Anteil ist im letzten Jahrzehnt gestiegen. Insgesamt berichten 7 von 10 Mindestlohnbeschäftigten, dass sie Schwierigkeiten haben, finanziell über die Runden zu kommen. Gleichzeitig ist die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter einen Tarifvertrag fallen, in 22 der 27 EU-Mitgliedstaaten rückläufig. In Deutschland zum Beispiel sank die Tarifbindung der Beschäftigten in Westdeutschland von 76 Prozent im Jahr 1998 auf 53 Prozent im Jahr 2020 und in Ostdeutschland von 63 Prozent im Jahr 1998 auf 43 Prozent in 2020.

Im November 2017 hatte sich die EU in Schweden erstmals auf die „Europäische Säule sozialer Rechte“ – grundlegende gemeinsame soziale Standards – geeinigt: angemessene Mindestlöhne, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, das Recht auf lebenslange Weiterbildung, eine gute Gesundheitsversorgung. Im Mai 2021 diskutierte die EU, ob diese Säule wirklich trägt – mit Blick auf die Erfahrungen aus der Coronapandemie, die die Sozialsysteme einiger EU-Mitgliedstaaten überfordert hat. Die EU-Kommission setzte dafür konkrete Ziele: bis 2030 sollen rund 80 Prozent der Erwachsenen einen Arbeitsplatz haben, 60 Prozent sollen einmal im Jahr an einer Fortbildung teilnehmen, die Zahl der von Armut gefährdeten Europäerinnen und Europäer soll um 15 Mio. sinken.

Im Herbst 2021 hat die EU-Kommission eine Richtlinie zu angemessenen Mindestlöhnen vorgelegt, um Millionen von Beschäftigten in der EU armutsfeste Löhne zu ermöglichen und Tarifverträge zu stärken. Bisher gilt: Wer Arbeitnehmer zur Beschäftigung in einen anderen EU-Mitgliedstaat schickt, muss sich an die dort geltenden Mindest- und Tariflöhne halten. Experten gehen davon aus, dass die angestrebten höheren gesetzlichen Mindestlöhne eine wirtschaftliche Erholung, ein höheres Beschäftigungsniveau sowie eine EU-weite Lohnkonvergenz begünstigen werden. Die Richtlinie könnte außerdem zu einer verbesserten Situation von Beschäftigten in der EU und einer Bekämpfung des geschlechterspezifischen Lohngefälles beitragen.

Bisher regelt die Entsenderichtlinie der EU aus dem Jahr 1996, welche Regeln für EU-Arbeitnehmer im EU-Ausland gelten. 2015 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass nicht der im Heimatland geschlossene Arbeitnehmervertrag, sondern der Mindestlohn des Landes gilt, in dem die Arbeit verrichtet wird.

Die COVID-19-Krise hat den digitalen Wandel und die Verbreitung von plattformbasierten Geschäftsmodellen noch weiter beschleunigt. Die Plattformökonomie hat zunehmend an Bedeutung gewonnen. Damit verbunden ist ein Reformbedarf zur Durchsetzung sozialer Standards bei Plattformbeschäftigten, die häufig im unklaren Beschäftigtenstatus mit unzureichendem Zugang zum Sozialschutz unter prekären Bedingungen arbeiten. Ebenso besteht Handlungsbedarf bei Beschäftigten, die grenzüberschreitend arbeiten.

Konkrete Zielvorgaben und wirksame politische Maßnahmen sind nötig, damit europaweite soziale Rechte zu einer greifbaren Realität für die Bürgerinnen und Bürger werden können. Europa muss endlich sein soziales Gesicht zeigen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller u.a.
SPD
Drs. 18/21127**

Französische EU-Ratspräsidentschaft nutzen: Europa muss sozialer werden

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Markus Rinderspacher**
Mitberichterstatter: **Tobias Gotthardt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 22. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 18/21127, 18/21818

Französische EU-Ratspräsidentschaft nutzen: Europa muss sozialer werden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zugang zu Kultur nicht vom Einkommen abhängig machen:
 Öffentliche Bibliotheken nicht schlechter stellen
 Drs. 18/18733, 18/21851 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
 Errichtung eines „Witikowegs“ zwischen Passau und Krumau:
 Verbindungen zwischen Bayern und Böhmen stärken
 Drs. 18/19663, 18/21864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
 Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

3. Antrag der Abgeordneten Annette Karl,
Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. SPD
Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) –
Standort in Bayern
Drs. 18/19748, 18/21865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu den Vorbereitungen des G7-Gipfels auf Schloss Elmau
Drs. 18/19872, 18/21727 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute und würdige Arbeitsbedingungen für Gerichtsreporterinnen
und Gerichtsreporter sicherstellen
Drs. 18/19874, 18/21885 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Chancen der Wasserstofftechnologie in Bayern angesichts
der Ökostromlücke
Drs. 18/19875, 18/21866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern: Grundlastfähigkeit gewährleisten I:
EEG-Vergütung und Vorrang einspeisung von der Grundlastfähigkeit
und Regulierbarkeit der Stromerzeugung abhängig machen
Drs. 18/19884, 18/21868 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern. Stromnetz sicherstellen I:
Bericht zur Inbetriebnahme der geplanten Hochspannungsleitungen
SuedLink und SuedOstLink
Drs. 18/19885, 18/21186

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nach Amoktaten rasch und besonnen reagieren –
Gesundheit und Sicherheit im Blick haben
Drs. 18/19891, 18/21833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Quarantäneanordnungen an den Schulen umgehend ändern
Drs. 18/19942, 18/21841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verlängerung der Kurzarbeitergeldverordnung
Drs. 18/19943, 18/21832 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Corona-Sperrstunde abschaffen
Drs. 18/19946, 18/21185

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Kindgerechte und sichere Testung in Bayerischen Kitas flächendeckend sicherstellen
Drs. 18/20014, 18/21835 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Digitalpakt Kinder- und Jugendhilfe
Drs. 18/20022, 18/21616 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Vorgriifsregelung zum Aufenthaltsrecht, um Härtefälle zu vermeiden!
Drs. 18/20121, 18/21884 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern – technologieneutral und zukunftsorientiert I:
Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie
und Kernfusion
Drs. 18/20127, 18/21871 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern – technologieneutral und zukunftsorientiert II:
Forschung und Entwicklung im Bereich der Energie-Großspeicher
Drs. 18/20128, 18/21872 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern – technologieneutral und zukunftsorientiert III:
Einführung und Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke
Drs. 18/20129, 18/21867 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Vertical Greening als Zukunftschance begreifen und Initiative zeigen
Drs. 18/20143, 18/21741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten I: Förderung kleinbäuerlicher Betriebe auf Landesebene stärker in den Fokus nehmen
Drs. 18/20541, 18/21836 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten II: Förderung kleinbäuerlicher Betriebe auf EU-Ebene stärker in den Fokus nehmen
Drs. 18/20542, 18/21837 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versprechen halten – Artenvielfalt retten – Pestizideinsatz halbieren
Drs. 18/20551, 18/21840 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Österreich als Vorbild folgen: Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen lassen – jetzt die Weichen für die nächsten Wahlen stellen
Drs. 18/20552, 18/21834 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
#Wir werden laut – Forderungen des Landesschülerinnen- und Landeschülerrates ernst nehmen
Drs. 18/20553, 18/21843 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Nachholprüfungen ermöglichen!
Drs. 18/20554, 18/21853 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Klimaanpassung voranbringen
Drs. 18/20557, 18/21742 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundwasserschutz erleichtern – starre KULAP-Regeln anpassen
Drs. 18/20561, 18/21838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterführung des Auenprogramms Bayern
Drs. 18/20562, 18/21743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Modellregionen für Schwammlandschaften schaffen
Drs. 18/20567, 18/21744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesamtes Wassereinzugsgebiet als
Trinkwasserschutzgebiet ausweisen
Drs. 18/20568, 18/21745 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Insekten- und futterschonenden Einsatz honorieren – Mähen mit
Messermähwerken als neue KULAP-Maßnahme anbieten
Drs. 18/20569, 18/21839 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Studierbarkeit während Corona sicherstellen
Drs. 18/20570, 18/21854 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

